



Beschlussprotokoll der Präsidentenkonferenz der Region Maloja

Datum: Donnerstag, 27. Januar 2022
Zeit: 13.30 bis 17.30 Uhr
Ort: Ratssaal im Alten Schulhaus St. Moritz

| | | |
|------------------|--------------------------------------|----------------------------------|
| Vorsitz: | Gilli Andrea | Gemeindepräsident Zuoz |
| Teilnehmer: | Aeschbacher Barbara | Gemeindepräsidentin Sils |
| | Bosshard Daniel | Gemeindepräsident Silvaplana |
| | Brantschen Christian | Gemeindepräsident Celerina |
| | Campell Riet | Gemeindepräsident S-chanf |
| | Giovanoli Fernando | Gemeindepräsident Bregaglia |
| | Guidon Fadri | Gemeindepräsident Bever |
| | Jenny Christian Jott | Gemeindepräsident St. Moritz |
| | Niggli Gian Peter | Gemeindepräsident Samedan |
| | Plattner Richard | Gemeindevizepräsident Pontresina |
| Tomaschett Peter | Gemeindepräsident La Punt Chamues-ch | |
| Zanetti Roberto | Gemeindepräsident Madulain | |
| Entschuldigt: | Saratz Cazin Nora | Gemeindepräsidentin Pontresina |
| Protokoll: | Kollmar Jenny | Region Maloja, Geschäftsleiterin |

Traktanden (angepasst)

Öffentlicher Teil

1. Begrüssung, Feststellungen und Wahl des Stimmzählers
2. Genehmigung der Traktandenliste und Beschlussfassung über die Traktanden des öffentlichen und nichtöffentlichen Teils
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.12.2021
4. Regionalentwicklung
 - 4.1 Leistungsauftrag zwischen der Region Maloja und den Gemeinden betreffend Regionalentwicklung: 1. Lesung und Genehmigung zuhanden der Beschlussfassung in den Gemeinden
 - 4.2 Jahresplanung 2022: Genehmigung
 - 4.3 Studie Verfügbarkeit von Wohnraum für Einheimische: Diskussion und Beauftragung der Firma EcoAlpin
 - 4.4 Tourismusstrategie ESTM AG: Information
5. Academia Engiadina: Antrag an die Gemeinden zur Unterstützung der Fachmittelschule Gesundheit und Pädagogik (Gemeinden)

6. Verein Kulturinstitutionen Engadin: Antrag an die Gemeinden zur Mitfinanzierung des Projektes „Vom Licht im Engadin“ 2023-2024 (Gemeinden)
7. ESTM AG: Diskussion der Forderung einer öffentlichen Vernehmlassung
8. Ersatzwahl in die Finanzkommission
9. Umgehung der Erstwohnungspflicht: Diskussion (Gemeinden)
10. Abfallbewirtschaftung: Budgetfreigabe für Investitionen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in der Abfallumschlagstation
11. Informationen aus den Ressorts
12. Varia

Nichtöffentlicher Teil

13. Begleitgruppe rSES: Antrag

Öffentlicher Teil

1. Begrüssung, Feststellungen und Wahl des Stimmzählers

Herr Gilli begrüsst die Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten in italienischer, romanischer und deutscher Sprache zur heutigen Sitzung. Besonders begrüsst er Herrn Peter Tomaschett als neuen Gemeindepräsidenten der Gemeinde La Punt Chamues-ch. Ebenso begrüsst er die Medienvertreter und Gäste. Frau Saratz Cazin lässt sich entschuldigen, sie wird durch Gemeindevizepräsident Herrn Richard Plattner vertreten.

Die Präsidentenkonferenz wählt Herrn Guidon stillschweigend als Stimmzähler.

2. Genehmigung der Traktandenliste und Beschlussfassung über die Traktanden des öffentlichen und nichtöffentlichen Teils

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist am 13. Januar 2022 zugestellt worden. In einem späteren Versand wurden weitere Unterlagen verschickt.

Herr Gilli beantragt, die Traktandenliste um das Traktandum „Abfallbewirtschaftung: Budgetfreigabe für Investitionen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in der Abfallumschlagstation“ als Traktandum 10 zu ergänzen.

Die Traktandenliste mit der Ergänzung des Traktandums „Abfallbewirtschaftung: Budgetfreigabe für Investitionen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in der Abfallumschlagstation“ sowie die Zuordnung der Traktanden zum öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.12.2021

Keine Bemerkungen.

Das Beschlussprotokoll der Sitzung der Präsidentenkonferenz 2. Dezember 2021 wird einstimmig genehmigt.

4. Regionalentwicklung

4.1 Leistungsauftrag zwischen der Region Maloja und den Gemeinden betreffend Regionalentwicklung: 1. Lesung und Genehmigung zuhanden der Beschlussfassung in den Gemeinden

Herr Gilli begrüsst Frau Claudia Jann, Regionalentwicklerin der Region Maloja, und Rechtsanwalt Thomas Nievergelt, der die Region bei der Erarbeitung der Botschaft und Leistungsvereinbarung unterstützt hat.

Herr Gilli schlägt vor, die Botschaft und die Leistungsvereinbarung durchzugehen. Er bittet Herrn Nievergelt, die wichtigsten Eckdaten zusammenzufassen.

Herr Nievergelt erläutert, dass in der Botschaft und in der Leistungsvereinbarung die Grundlagen der Regionalentwicklung zusammengefasst sind. Er erläutert die Ziele der Regionalentwicklung und wie deren Finanzierung erfolgen soll. Für die Erfüllung des Grundauftrages soll jährlich der von der Präsidentenkonferenz budgetierte Betrag bereitgestellt werden, maximal jedoch CHF 500'000.-. Davon übernimmt der Kanton jährlich einen Sockelbeitrag in Höhe von CHF 20'000.- sowie die anrechenbaren Kosten von max. CHF 154'344 und 58.75%. Über die Unterstützung von Projekten Dritter oder von Projekten der Region entscheiden die Gemeinden auf Antrag der Präsidentenkonferenz im Einzelfall im Rahmen ihrer Finanzkompetenzen.

Herr Gilli ergänzt, dass durch das neue Modell die Region auch selbst Projektträgerin sein kann, bis das Projekt an einen privaten Projektträger übergeben werden kann. Das lässt einen grösseren Spielraum für die Regionalentwicklung zu.

Herr Gilli erläutert, welches Ziel die Regionalentwicklung hat, welche Aufgaben sie übernimmt und wie sie organisiert ist. Es ist wichtig, eine gut funktionierende Regionalentwicklung aufzubauen, die sich mit verschiedenen Akteuren vernetzt.

Frau Aeschbacher fragt, ob die Leistungsvereinbarung durch die Gemeindeversammlung genehmigt werden muss, was Herr Gilli bestätigt.

Herr Nievergelt ergänzt, dass neben der Aufgabe der Gemeinden, die Finanzierung sicherzustellen, auch Projektvorschläge durch die Gemeinden eingebracht werden können. Das Ziel ist es, die Regionalentwicklung insgesamt aufzuwerten.

Herr Giovanoli möchte wissen, ob der Finanzierungsanteil der Gemeinden max. CHF 500'000 pro Jahr beträgt. Das bestätigt Herr Gilli, abzüglich des Sockelbeitrags und Kostenanteils an den Personalkosten durch den Kanton.

Die Präsidentenkonferenz genehmigt die Leistungsvereinbarung zwischen den Gemeinden und der Region Maloja betreffend Regionalentwicklung einstimmig und verabschiedet diese zuhanden der Genehmigung durch die Gemeinden.

4.2 Jahresplanung 2022: Genehmigung

Frau Jann verweist auf die zugestellten Unterlagen. Ausgehend vom aktuellen Projektportfolio wurden die Projekte priorisiert, die in diesem Jahr erarbeitet werden sollen. Neben den bereits laufenden Projekten, wie Engadin Arena, Erschliessung mit UHB und Digital Customer Journey sollen im Jahr 2022 eine Nachhaltigkeitsstrategie und eine Energiestrategie sowie eine Studie zur Situation des Wohnungsmarkts für Einheimische erarbeitet werden. Mit Ausnahme des Projekts „Digital Customer Journey“ hat kein Projekt finanzielle Folgen ausserhalb des genehmigten Budgets der Regionalentwicklung.

Im Folgenden geht Frau Jann auf einzelne Projekt näher ein.

Zur Nachhaltigkeitsstrategie hält Frau Jann fest, dass das Projekt im Projektportfolio enthalten und ein Querschnittsthema der regionalen Standortentwicklungsstrategie (rSES) ist. Es geht um die Frage, wie sich die Region nachhaltig weiterentwickelt. In einer ersten Phase sollen

Grundlagen und ein gemeinsames Verständnis erarbeitet werden. Das Vorgehen soll in einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet werden, der als Mitglieder Thomas Rechberger, Ivo Ermatinger, Roman Grossrieder und Claudia Jann angehören. Wenn Interesse seitens der Präsidentenkonferenz besteht, können weitere Personen aufgenommen werden. In einer nächsten Phase soll der Kreis derer erweitert werden, die das Thema Nachhaltigkeit erarbeiten. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt zudem eine öffentliche Mitwirkung stattfinden.

Herr Gilli betont, dass das Thema Nachhaltigkeit aufgegriffen werden muss. Das Thema wird auch in der ESTM im Rahmen der Erarbeitung der Tourismusstrategie aufgegriffen werden.

Zur Energiestrategie erläutert Frau Jann, dass ein gemeinsames Bekenntnis durch eine einheitliche Charta erfolgen soll. Es erfolgt die Erarbeitung von Grundlagen als Informationsdossier als Basis für kommunale Energiegesetze und weitere Massnahmen. Das Ziel ist es, Synergien zu nutzen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Christian Brantschen, Fernando Giovanoli, Claudia Jann und Jenny Kollmar wird mit externer Begleitung die Vorarbeiten leisten.

Frau Aeschbacher fände es sinnvoll, wenn die Gemeinden einbezogen werden, die bereits etwas in diesem Bereich aufgebaut haben. Frau Jann nimmt den Input gern auf.

Zur Energie Arena erläutert Frau Jann, dass die Umsetzung des Massnahmenkatalogs bis 2027 im Vordergrund steht. Es soll aber auch an einer Engadin Arena 2.0 gearbeitet werden. Derzeit läuft eine Umfrage durch die ESTM AG bei den Leistungsträgern, um deren Erwartungen aufzunehmen.

Zur Begleitgruppe rSES hält Frau Jann fest, dass diese ein Beurteilungsraster zur Beurteilung von Projekten entwickelt hat. Weiterhin soll das Chartset der rSES überarbeitet und aktualisiert werden. Wichtig sei auch, die Kommunikation und Information der Bevölkerung zu verstärken.

Die Präsidentenkonferenz genehmigt die Jahresplanung 2022 der Regionalentwicklung einstimmig.

4.3 Studie Verfügbarkeit von Wohnraum für Einheimische: Diskussion und Beauftragung der Firma EcoAlpin

Herr Gilli verweist auf die Berichterstattung durch die Medien in letzter Zeit. Es gibt verschiedenen Entwicklungen, die den Wohnungsmarkt beeinflussen. Seiner Meinung nach braucht es neue Modelle, wie man damit umgeht.

Herr Aebli erläutert, dass sich die Firma Eco Alpin Gedanken zu Themen der Regionalentwicklung gemacht hat. Die Standortentwicklung umfasst die Faktoren Mensch, Wohnen und Arbeit.

Die Relevanz und Tragweite der Wohnraumproblematik soll im Sinne eines Pilotprojektes am Beispiel von zwei Gemeinden, welche durch die Region bestimmt werden, aufgezeigt werden. Zur Erfassung der relevanten, kommunalen Kennzahlen (z.B. altrechtlicher Wohnungsbestand, Baulandreserven öffentliche Hand, Leerstände) soll den Gemeinden eine Vorlage zur Verfügung gestellt werden, die durch die Gemeinde ausgefüllt werden soll. Diese Studie soll Grundlagen für Diskussionen innerhalb der Region liefern und Optionen für mögliche weitere Schritte in der Zusammenarbeit mit den Ortsplanern aufzeigen. Herr Aebli betont, dass es nicht die Absicht ist, die Arbeit der Ortsplaner zu konkurrenzieren. Die Übersetzung der Erkenntnisse in die formellen Instrumente (Richtplan, Nutzungsplan) obliegt weiterhin den Ortsplanern.

Herr Gilli verweist auf die Datenblätter der Gemeinden. Es geht darum, die Daten zusammenzufassen und regional zu bewerten. In der Offerte ist die Rede von zwei Pilotgemeinden. Die Gemeinde Zuoz ist der Meinung, dass man die Daten der gesamten Region analysieren und nachher allenfalls Pilotgemeinden auswählen sollte. Herr Aebli legt dar, dass die Datenblätter

des ARE eine wichtige Grundlage sind. Sie sind der Meinung, dass diese Optimierungspotential haben. Da man das nicht mit allen Gemeinden machen kann, würden sie gern eine kleinere und eine grössere Gemeinde auswählen.

Herr Gilli stellt fest, dass vor allem im Erstwohnungsbereich Defizite bei den Datenblättern bestehen. Es braucht neue Modelle, die erarbeitet werden müssen, die dann auch in den Grossen Rat eingebracht werden können.

Herr Niggli stellt fest, dass er die Firma Eco Alpin ausserordentlich schätzt. Er möchte aber wissen, ob man weitere Offerten eingeholt hat, denen Referenzen beiliegen. Die Sammlung der Daten ist sehr wichtig, damit man eine Auslegeordnung hat und diese interpretiert werden kann. Beim nächsten Schritt fragt er sich, ob es mehr Sinn macht, dass die Gemeinden diesen selbst beauftragen und mitfinanzieren.

Herr Aebli meint, dass man es auch so machen könne. Aufgrund der Kapazitäten soll die Interpretation der Daten eigentlich fallweise erfolgen. Sie sind aber auch offen für eine andere Vorgehensweise.

Herr Brantschen begrüsst es grundsätzlich, sich des Themas anzunehmen. Die Stossrichtung ist, die Daten zu erheben. Eine zweite Stossrichtung wäre, raumplanerische Anker über das Wohnförderprogramm an sich zu finden. Es geht um bezahlbaren Wohnraum. Es sind auch die Gemeinden gefordert. Da aber alle Gemeinden betroffen sind, befürwortet er ein Vorgehen auf regionaler Ebene.

Frau Aeschbacher scheint die Kapazitätsreserve ein wichtiger Punkt zu sein. Als Region kann man einen grösseren Einfluss geltend machen. Beim zweiten Teil macht sie beliebt, auch Juristen beizuziehen.

Herr Niggli fragt, ob das Oberengadin genügend verfügbares Land hat. Alle Gemeinden haben Baulandreserven, die sie allenfalls zurückzonen müssen. Die Bevölkerung ist seit Jahren stabil. Die Mietwohnungssituation unterliegt ständig Schwankungen. Im Moment ist die Wohnsituation sehr akut, etwas zu ändern, braucht aber Zeit. Es stellt sich die Frage, ob es ein regionales oder kommunales Problem ist. Es sind vor allem die Gemeinden gefragt, die sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Jede Gemeinde muss für sich Lösungen suchen und finden. Er meint, dass es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand ist, Wohnraum zu schaffen. Wohnbaugenossenschaften sind seiner Meinung nach dafür ein gutes Instrument.

Herr Gilli sieht es als Gemeindeproblem, das Auswirkungen auf die Region hat. Die Region ist gefordert, um Datengrundlagen zu schaffen.

Herr Brantschen meint, dass die Zweitwohnungssituation und Investitionsfreudigkeit bei der derzeitigen Situation mitspielen. Die Gemeinden, Region und der Kanton können die raumplanerische Voraussetzungen schaffen.

Herr Guidon findet es wichtig, das Thema anzugehen. Man müsse sich aber fragen, ob es der richtige Weg ist oder ob die Ortsplaner einbezogen werden sollten. Herr Gilli stellt fest, dass es nicht darum geht, die Ortsplaner auszuschliessen. Herr Aebli bestätigt, dass man nicht die Arbeit der Ortsplaner machen möchte. Man ist sich bewusst, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Herr Bosshard fragt, wie die Terminierung aussieht. Herr Gilli erläutert, dass die Datengrundlagen innerhalb des nächsten 3 bis 4 Monaten vorliegen sollen.

Die Präsidentenkonferenz beauftragt die Firma Eco Alpin SA einstimmig für CHF 30'000 mit der Erarbeitung der Grundlagen und Optionen in Bezug auf die Verfügbarkeit von Wohnraum für Einheimische.

4.4 Tourismusstrategie ESTM AG: Information

Herr Rechberger möchte kurz informieren, dass ein Thema der rSES die Erarbeitung einer regionalen Tourismusstrategie ist. Die veränderten Rahmenbedingungen im Reiseverhalten

und die Veränderungen bei den Trends sollen aufgenommen werden. Vor allem die Bereiche Geschäftsfelder, Gästegruppen etc. sollen strategisch bearbeitet werden. Es sollen auch die erforderlichen Inputs in die Regionalplanung gegeben werden.

Herr Rechberger erläutert das weitere Vorgehen. Im Juni soll die überarbeitete regionale Tourismusstrategie vorliegen.

Herr Gilli meint, dass die Strategie auch in das regionale touristische Gesamtkonzept (regTGK) einfließen muss. Die Bergbahnen sind ebenfalls angehalten, ihre Strategie zu aktualisieren. Wenn man in Zukunft Projekte realisieren möchte, braucht es das regTGK als Grundlage.

5. Academia Engiadina: Antrag an die Gemeinden zur Unterstützung der Fachmittelschule Gesundheit und Pädagogik (Gemeinden)

Herr Gilli verweist auf die zugestellten Unterlagen. Die Gemeinden müssen sich überlegen, ob sie ein Präjudiz schaffen, wenn die Fachmittelschule Gesundheit und Pädagogik finanziell unterstützt wird. Andererseits ist es wichtig, entsprechende Angebote in der Region zu behalten.

Herr Asprien erläutert, dass die Academia Engiadina die Rechtsform einer nicht gewinnorientierten AG hat, die sich über Kantonsbeiträge, Schulgelder etc. finanziert. Die Angebote umfassen im Mittelschulbereich das Gymnasium, die Fachmittelschule, Sportmittelschule und das Bildungs- und Berufsvorbereitungsjahr. Die Fachmittelschule konnte bisher über die Querfinanzierung durch Beiträge des Gymnasiums aufrechterhalten werden. Aufgrund sinkender Schülerzahlen trägt sich das Angebot nicht selbst. Man ist nicht verpflichtet, eine Fachmittelschule anzubieten, es ist ein Angebot an die Jugendlichen der Region, in der Region ihre Ausbildung zu machen. Damit die Fachmittelschule Gesundheit und Pädagogik weitergeführt werden kann, ist die Academia Engiadina auf Beiträge der Gemeinden angewiesen.

Herr Brantschen ist grundsätzlich der Meinung, dass die Präsidentenkonferenz am 17. Dezember 2020 bestimmt hatte, eine Bildungsstrategie zu erarbeiten. Herr Brantschen ist grundsätzlich der Meinung, dass der Bildungsstandort Engadin erhalten und gestärkt werden muss. Damit man eine Planungssicherheit für die Schule und Gemeinden hat, müsste aber eine Zwischenrunde erfolgen: es braucht eine Kostenpräzisierung und den Entwurf einer Leistungsvereinbarung mit einem Zeithorizont. In der Diskussion sollten sich die Gemeinden Gedanken machen, welche Bildungsthemen in der Region vorhanden sein sollen. Er schlägt vor, gemeinsam mit Academia Engiadina die Auslegeordnung zu machen.

Herr Gilli meint, dass eine Bildungsstrategie die gesamte Schullandschaft umfassen sollte.

Herr Niggli fragt, ob es ein Antrag ist, über den die Präsidentenkonferenz entscheidet. Herr Gilli stellt klar, dass es keine Aufgabe der Region ist, sondern die Gemeinden entscheiden müssen.

Herr Asprien führt aus, dass die Festlegung eines festen Betrages schwierig ist, da dieser von den Schülerzahlen abhängig ist. Die Schülerzahlen schwanken; wenn die Mindestschülerzahl erreicht wird, braucht es keine Unterstützung durch die Gemeinden.

Die Academia Engiadina wird einen Entwurf einer Leistungsvereinbarung erarbeiten und den Gemeinden zustellen.

6. Verein Kulturinstitutionen Engadin: Antrag an die Gemeinden zur Mitfinanzierung des Projektes „Vom Licht im Engadin“ 2023-2024 (Gemeinden)

Frau Degiacomi informiert, dass verschiedene Kulturinstitutionen einen Verein gegründet haben, um ein gemeinsames Ausstellungsprojekt umzusetzen. Der Verein soll über die Ausstellung hinaus bestehen bleiben, um die weitere Zusammenarbeit zu fördern.

Frau Schütt erläutert die Potenziale aufgrund der Gemeinschaftsausstellung und die Finanzierung. Die Gesamtprojektkosten sind mit CHF 1.6 Mio. budgetiert. Davon werden rund CHF 500'000 durch Eigenleistungen der Museen übernommen. Mit dem Amt für Kultur Graubünden sind Vorgespräche geführt worden. Ein Beitrag des Kantons hängt vom Engagement der Gemeinden bzw. der Region ab. Der Verein beantragt bei den Gemeinden der Region und aus dem Kulturförderungsfonds einen Betrag in Höhe von CHF 320'000, verteilt auf die Jahre 2023 und 2024. Frau Schütt führt aus, dass in diesem Zeitraum keine zusätzlichen Projektanträge der Kulturinstitutionen an die Gemeinden gestellt werden.

Herr Gilli fragt, ob in den CHF 320'000 Beiträge der ESTM AG enthalten sind. Frau Schütt bestätigt, dass es sich um den Gesamtbetrag der Gemeinden, der Region und der ESTM handelt.

Herr Guidon informiert, dass das Projekt in der Kulturförderungskommission vorbesprochen wurde. Grundsätzlich wird das Projekt begrüsst, auch der Einbezug der Einheimischen und Sprache wird positiv gewertet. Herr Guidon weist aber darauf hin, dass das Budget CHF 150'000 pro Jahr für alle Anträge beträgt. Die Kommission kann sich sehr gut vorstellen, einen namhaften Betrag zu zahlen und wird es abschliessend behandeln, sobald der Antrag vorliegt.

Frau Aeschbacher findet das Projekt sehr spannend und kann sich eine Unterstützung in einem kleineren Rahmen vorstellen. Es sei wichtig, die konkrete Zahl zu kennen.

Herr Jenny schlägt vor, dass die Kulturförderungskommission ihren Beitrag festlegt und die Gemeinden dann einen konkreten Betrag haben, über den sie entscheiden können.

Herr Campell fragt, ob die Finanzierung der Veranstaltungen über das Projektgesamtbudget laufen. Frau Schütt bestätigt, dass alles über das Gesamtbudget finanziert wird.

Herr Giovanoli fragt, ob das Bergell bewusst nicht berücksichtigt ist. Frau Schütt informiert, dass das Atelier Segantini in Maloja dabei ist. Das Centro Giacometti hat abgelehnt, da sie ein eigenes Projekt haben.

Der Verein Kulturinstitutionen stellt die Anträge an die ESTM AG und Kulturförderung der Region Maloja. Sobald die Beiträge feststehen, werden Anträge an die Gemeinden über den Restbetrag gemäss Tourismusverteilschlüssel gestellt.

7. ESTM AG: Diskussion der Forderung einer öffentlichen Vernehmlassung

Herr Gilli verweist auf das Schreiben von Herrn Hosch und Mitunterzeichnern, in der eine öffentliche Auflage der neuen Leistungsvereinbarung der ESTM AG gefordert wird.

Herr Gilli wird die Meinung des Gemeinderats Zuoz wiedergeben. Ansprechpartner für das Anliegen sind die Gemeinden, nicht die Region. Die Gemeinden entscheiden individuell, ob es eine öffentliche Auflage gibt. In den letzten 1.5 Jahren wurden in zahlreichen Workshops und mit vielen Mitwirkenden die Grundlagen erarbeitet. Die Forderung einer regionale Auflage ist an die Gemeindevorstände weiterzuleiten. Sämtliche Leistungsvereinbarungen etc. werden bis Juni 2022 in den Gemeindeversammlungen verabschiedet. Es sind drei Informationsveranstaltungen durch den Verwaltungsrat der ESTM AG vorgesehen.

Herr Gilli weist darauf hin, dass die meisten Themen, wie z.B. die Nachhaltigkeit, in der Strategie der ESTM abgebildet werden müssen.

Herr Brantschen informiert, dass die Gemeinde Celerina nicht grundsätzlich gegen eine Vernehmlassung ist. Die Leistungsvereinbarung beinhaltet den Auftrag an die ESTM AG. Wenn es um Nachhaltigkeit, Entwicklungsfragen und Strategien geht, hat man die Regionalentwicklung, zu der auch der Tourismus gehört. Letztlich müssen die Gemeinden entscheiden, ob sie eine Vernehmlassung durchführen.

Herr Brantschen weist darauf hin, dass die ESTM AG auch durch Steuergelder finanziert wird, aber nicht nur. Es gibt Tourismusabgaben, die für die Finanzierung eingesetzt werden.

Herr Gilli fasst zusammen, dass verschiedene Kreise bei der Erarbeitung der neuen Leistungsvereinbarung mitgewirkt haben. Die Gemeinde Zuoz wird die Unterlagen nicht öffentlich aufzulegen, weil es nicht möglich ist, Änderungen einzubringen.

Herr Guidon informiert, dass die Gemeinde Bever das Thema ebenfalls vorbesprochen hat. Sie sehen davon ab, die Unterlagen öffentlich aufzulegen, weil die Punkte, die eingebracht wurden, nicht Thema der Leistungsvereinbarung sind sondern in die Strategie einfließen muss.

Herr Tomaschett schliesst sich den Voten der Vorredner an. Es mache keinen Sinn, es öffentlich aufzulegen.

Frau Aeschbacher geht davon aus, dass auch die Gemeinde Sils keine öffentliche Auflage durchführen wird.

Herr Giovanoli meint, dass der Spielraum so klein ist, dass mit einer öffentlichen Auflage falsche Erwartungen geweckt werden würden. Wenn man die Möglichkeit gibt, findet man nie einen Abschluss.

Herr Gilli stellt fest, dass weniger der Inhalt infrage gestellt wird, sondern die demokratischen Mitwirkungsrechte. Diese bestehen grundsätzlich über die Gemeinden.

Herr Brantschen würde ein einheitliches Vorgehen begrüßen. Die Gemeinden, die es bereits vorbesprochen haben, sprechen sich gegen eine öffentliche Mitwirkung aus. Es ist nicht zu erwarten, dass substantielle Einwände kommen.

Die Geschäftsstelle der Region Maloja wird beauftragt, den Antragstellern mitzuteilen, dass die Region infolge Nichtzuständigkeit keine öffentliche Auflage durchführen wird. Darüber haben die Gemeinden zu entscheiden. Die Wünsche können dannzumal in die Tourismusstrategie eingebracht werden.

8. Ersatzwahl in die Finanzkommission

Es wird vorgeschlagen, Peter Tomaschett in die Finanzkommission zu wählen.

Die Präsidentenkonferenz wählt Peter Tomaschett einstimmig in die Finanzkommission der Region Maloja.

9. Umgehung der Erstwohnungspflicht: Diskussion (Gemeinden)

Herr Bosshard erläutert, dass es der Gemeinde Silvaplana ein grosses Anliegen ist, das Thema in der Präsidentenkonferenz zu besprechen. Es gibt Erst- und Zweitwohnungen und anders bewohnte Wohnungen. Die Gemeinde ist bisher davon ausgegangen, dass folgender Fall nicht möglich ist: Person X nimmt Wohnsitz in Silvaplana und zahlt dort Steuern. Die Steuerbehörde der vorherigen Wohnsitzgemeinde verschickt einen Entscheid, dass die Steuern bei ihnen zu zahlen sind. Die Gemeinde Silvaplana hat keine Steuereinnahmen, obwohl eine Erstwohnung bewohnt wird.

Herr Jenny stellt fest, dass es ein Problem ist, dass in allen Gemeinden besteht. Die Gemeinden sind ziemlich machtlos. Es ist ein Wettbewerb unter den Steuerämtern. Es geht um den Lebensmittelpunkt. Es ist schwierig, etwas dagegen zu unternehmen.

Frau Aeschbacher erläutert, dass ein Unterschied zwischen zivilrechtlichem und steuerrechtlichem Lebensmittelpunkt besteht. Es stellt sich die Frage, ob man Transparenz schaffen kann. Man sollte es prüfen.

Herr Brantschen verweist auf das kantonale Steuergesetz. Ohne den Kanton wird man vermutlich nichts erreichen können.

Herr Niggli hat Verständnis für die Situation. Die Festlegung des Lebensmittelpunktes ist vor allem in heutigen Zeiten nicht mehr so einfach. Nicht zu akzeptieren ist jedoch, wenn Steuern abgezweigt werden. Man hat die grösste Chance, etwas zu erreichen, wenn die Region zusammenhält und Lösungen sucht.

Herr Gilli vermutet, dass es vielleicht einen juristischen Weg über das Finanzdepartement des Kantons geben könnte. Es sei ein Thema, dem sich die Grossratsmitglieder annehmen sollten.

Das Thema der Umgehung der Erstwohnungspflicht wird mit den Grossratsmitgliedern besprochen.

10. Abfallbewirtschaftung: Budgetfreigabe für Investitionen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in der Abfallumschlagstation

Herr Gilli verweist auf die zugestellten Unterlagen. Man hat von der Suva Feststellungen und Massnahmen erhalten, um die Arbeitssicherheit in der Abfallumschlagstation zu erhöhen. Die Massnahmen wurden durch die Firma Borema Umwelttechnik geplant, die die Gesamtanlage betreut. Die Arbeiten sind im Budget 2022 eingeplant. Gemäss Art. 19 Organisationsreglement der Geschäftsstelle der Region Maloja entscheidet die Präsidentenkonferenz über Ausgaben über CHF 100'000.-, die innerhalb des Budgets liegen.

Die Präsidentenkonferenz erteilt einstimmig die Budgetfreigabe von CHF 160'000.- für Investitionen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in der Abfallumschlagstation.

11. Informationen aus den Ressorts

Abfallbewirtschaftung

Herr Gilli informiert, dass die Kommission in Verhandlungen mit der Gemeinde Bever steht, um die Zukunft der Deponie Sass Grand sicherzustellen.

Regionalplanung

Regionales Eissportzentrum

Herr Brantschen informiert, dass die Regionalplanungskommission den Entscheid der Gemeinde St. Moritz zur Kenntnis genommen hat. Aufgrund der Standortevaluation wurden die Gemeinden Samedan und St. Moritz nochmals angeschrieben, ob die Bereitschaft besteht, die Verfügbarkeit der Standorte Ludains und Promulins Ost, evtl. mit einem angepassten Raumprogramm, zu prüfen.

Regionales Raumkonzept

Das regionale Raumkonzept liegt im Entwurf vor. Noch zu integrieren ist das regionale touristische Gesamtkonzept. Die Regionalplanung arbeitet hier eng mit der Regionalentwicklung und der ESTM AG zusammen. Der gesamte Entwurf wird Ende Februar in der Regionalplanungskommission beraten und soll anschliessend der Präsidentenkonferenz zur Freigabe der Behördenvernehmlassung vorgestellt werden.

Überarbeitung Richtplan Materialabbau und -ablagerung

Im Zusammenhang mit einer Erweiterung der Deponie Boschetta Plauna in S-chanf hat der Kanton die Region angeschrieben, den Regionalen Richtplan in diesem Bereich zu überprüfen und zu überarbeiten. Die Erweiterung in S-chanf selbst bedingt nicht zwingend eine Richtplananpassung. Die Überarbeitung ist jedoch erforderlich, auch weil der Standort Polaschin in Silvaplana im Abschluss ist und die Region zu diesem Thema noch über keinen gemeinsamen Richtplan Oberengadin / Bregaglia verfügt.

Regionaler Richtplan Landschaft und Langsamverkehr

Der Regierungsbeschluss liegt vor. Für die Langsamverkehrsverbindung Sils-Maloja wird die Region zu gegebener Zeit ein ordentliches Richtplanverfahren durchführen müssen.

Herr Gilli merkt an, dass auf die Vernehmlassung Sils Föglias – Plaun da Lej bis heute keine Antwort bei der Region eingegangen ist.

12. Varia

Herr Brantschen weist darauf hin, dass man hinsichtlich der Finanzierung des Projekts Digital Customer Journey noch nicht weiter ist. Man sollte sich Gedanken machen, wie man mit Finanzierung regionaler Projekte umgehen will. Er regt an, das Thema aufzugreifen und zu diskutieren, damit die Projekte eine Chance zur Umsetzung haben.

Herr Niggli unterstützt das Votum. Die Vorgehensweise muss besprochen werden.

Nichtöffentlicher Teil

13. Begleitgruppe rSES: Antrag

Für das Protokoll:



Jenny Kollmar
Geschäftsleiterin Region Maloja

Eingesehen:



Andrea Gilli
Vorsitzender der Präsidentenkonferenz